

Leidende Mobilität

Zur Migrationspolitik in Großbritannien

| IM GESPRÄCH | Die Brexit-Entscheidung Großbritanniens hat das Land verändert, so auch mit Folgen für die Migrationspolitik. Auf welche Weise hat sich das Migrationsthema in der politischen und gesellschaftlichen Debatte entwickelt und mit welchen Folgen?

Forschung & Lehre: Sie gelten als einer der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung, vor allem zum Thema Migration. Welche Arten von Migration spielen in Großbritannien eine Rolle?

Christian Dustmann: Hier sind vor allem zwei Arten von Migration zu nennen: die Arbeits- und die Flüchtlingsmigration. Diese unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Flüchtlinge haben ursprünglich nicht beabsichtigt zu emigrieren, sind daher auf das Land, in das sie flüchten, unvorbereitet. Aus diesem Grund sind sie schwieriger in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Arbeitsmigrantinnen und

-migranten sind dagegen in der Regel vorbereitet und kommen nach Großbritannien, um zu arbeiten. Es gibt sehr große Unterschiede zwischen diesen beiden Migrationsbewegungen, unglücklicherweise werden sie in der Diskussion aber oft vermischt.

F&L: Und welche Art der Migration ist in der öffentlichen Aufmerksamkeit?

Christian Dustmann: Diskutiert wird in der britischen Öffentlichkeit hauptsächlich über die Flüchtlingsmigration, bei der die Menschen mit Booten über den Kanal von Frankreich nach Großbritannien kommen und um Asyl bitten. Das waren im letzten Jahr rund 36 000 Personen. Die Nettozuwanderung (das heißt die Differenz zwischen denjenigen, die ins Land kommen, und denjenigen, die das Land verlassen) erreichte mit 866 000 Menschen im Jahre 2023 einen Anstieg von 682 000 im Vergleich zum Jahr 2019. Bis Juni 2024 erreichte sie mit 728 000 Menschen ein Rekordhoch. Wir haben also eine Diskussion in Großbritannien, die sich auf eine Form der Immigration fokussiert, die lediglich vier oder fünf Prozent der gesamten Nettoimmigration darstellt. In England hat sich in den letzten Jahren eine große Arbeitsmigration entwickelt. Wir haben sehr viele Berufe in Großbritannien, vor allen Dingen natürlich im Dienstleistungsbereich, ähnlich wie in Deutschland auch im Pflegebereich, wo Arbeitskräfte fehlen. Weiterhin gibt es das Abkommen mit Hongkong, das es den Hongkong-Chinesen erlaubt, in England um Residenz zu bitten. Außerdem spielt die Familienzusammenführung eine Rol-

le. Darüber hinaus werden in England auch die Studierenden, die aus dem Ausland kommen, zu den Migranten gezählt. Jeder, der sich länger als ein Jahr in Großbritannien aufhält, wird dazugerechnet.

F&L: Kaum ein Thema bewegt die Gemüter – gerade auch wieder aktuell – so wie die Frage nach dem Nutzen und Schaden von Migration, vor allem, was die Flüchtlingsmigration betrifft. Wie verläuft die Diskussion in Großbritannien nach dem Brexit?

Christian Dustmann: Schon vor dem Brexit im Jahre 2016 fokussierte sich die Diskussion sehr stark auf die europäische Migration, da es Menschen aus anderen EU-Ländern erlaubt war, in Großbritannien zu leben und zu arbeiten. Das hat viele Menschen in England sehr gestört, obgleich die Zahl derer, die aus Europa nach Großbritannien gekommen sind, in den meisten Jahren geringer war als die Zahl derer, die aus nichteuropäischen Ländern gekommen sind. Nach dem Brexit hat sich die europäische Migration erheblich reduziert. Das hatte natürlich auch mit der Coronapandemie zu tun. Viele sind im eigenen Land geblieben, vor allem die Menschen in Polen oder in Ungarn, wo sich zudem die ökonomischen Bedingungen erheblich verbessert haben. Gleichzeitig hat sich die Migration aus Ländern, die nicht zur EU gehören, erheblich erhöht. Vor dem Brexit waren es bei dieser Art von Migration rund 200 000 Menschen, netto gezählt, und jetzt liegen wir ganz erheblich darüber. Der Brexit hat also hier nicht zu dem Ergebnis geführt, das man damals proklamiert hat.

F&L: Was sind die Gründe dafür?

Christian Dustmann: Die Gründe sind vielfältig, eine wichtige Rolle spielt ähn-



Foto: RF Berlin / Yulia Aster

Christian Dustmann ist Professor für Volkswirtschaftslehre am Department of Economics des University College London und Direktor der ROCKWOOL Foundation Berlin – Institute for the Economy and the Future of Work (RFBerlin).

lich wie in Deutschland der bereits genannte Fachkräftemangel. Nach den Lockdowns während der Coronapandemie haben viele ältere Britinnen und Briten der Arbeitswelt den Rücken gekehrt. Im Jahr 2021 waren in Großbritannien beispielsweise fast eine halbe Million Menschen weniger (522 000) auf dem Arbeitsmarkt tätig als noch vor der Pandemie. Dabei machte die Gruppe der Über-50-Jährigen mehr als 94 Prozent der Arbeitskräfte aus. In Großbritannien wird das Phänomen als „Great Resignation“ diskutiert, ein Thema, das sich durch den Brexit noch mehr verschärft hat. Es gibt Überlegungen, beispielsweise im Gesundheitsbereich oder in Schulen, Rentnerinnen und Rentner zu bitten, wieder zurückzukommen.

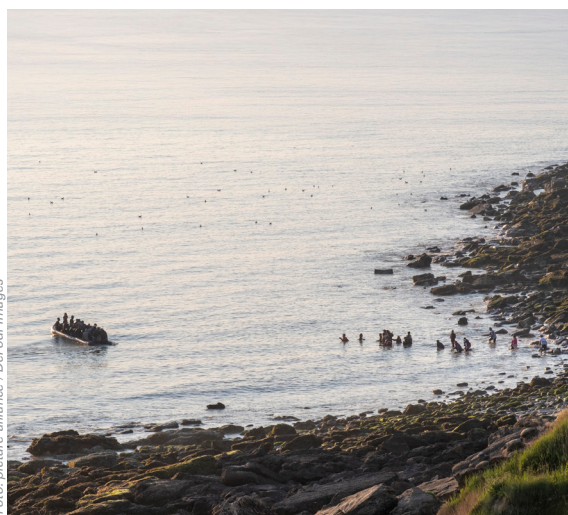
F&L: Welche Folgen haben die Bemühungen, Migration zu steuern und damit zu drosseln?

Christian Dustmann: Das Thema Migration wird sehr stark von der Reformpartei besetzt, die rechts von den Tories steht, genauso wie das in Deutschland bei der AfD der Fall ist. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass die Regierung keine Kontrolle über die Außengrenzen hat, dann lässt sich das sehr leicht von Parteien an den extremen Enden des politischen Spektrums ausnutzen. Da gibt es sehr starke Parallelen zwischen Großbritannien und Deutschland. Wie schon gesagt, man muss immer unterscheiden zwischen Arbeitsmigration und Migration durch Flucht. Arbeitsmigration wird im Großen und Ganzen zu steuern versucht. Asylmigration, ganz besonders im Fall von Großbritannien, ist nicht unbedingt steuerbar. Die Menschen kommen, überqueren die Grenzen und fragen dann nach Asyl. Die Diskussion, wie ich das eben schon ausgeführt habe, ist sehr stark fokussiert auf die Flüchtlingsmigration. Da nun aber die Zahl der Arbeitsimmigranten doch sehr erheblich über den Erwartungen liegt, wird jetzt auch hier versucht, diese Art der Migration zu drücken. Das hat auch fatale Auswirkungen auf die Hochschulen, weil man natürlich damit gleichzeitig versucht, die Zahl der ausländischen Studierenden zu reduzieren. Da sich die Hochschulen in Großbritannien ausschließlich über Studiengebühren finanzieren, führt das zu erhöhter Besorgnis, vor allem bei den Universitäten in

England, die nicht am oberen Ende der Leistungsskala liegen.

F&L: Welche Vorurteile in Sachen Migration, gerade in England, halten sich hartnäckig?

Christian Dustmann: Ein Vorurteil, das nicht ausstirbt, ist, dass Migrantinnen und Migranten die Staatskasse belasten. Das Narrativ der damaligen Cameron-Regierung war, dass der Beitrag der Immigranten negativ ist. Dadurch wollte man die Europäer überzeugen, dass sich England aus der Arbeitnehmerfreizügigkeit herausziehen kann. Unsere Studie für Großbritannien aus dem Jahr 2014 stellte daher die Frage, ob die Arbeitsmigration fiskalisch einen Verlust bedeutet, das heißt, ob die sogenannten Arbeitsmigranten, unter-



Küste Frankreichs 2023: Flüchtlinge versuchen, mit einem Schlauchboot nach Großbritannien zu fliehen.

schieden nach Herkunftsregionen, einen positiven oder negativen Beitrag im Fiskalsystem leisten. Die Studie bezog sich auf Großbritannien, aber die Methode, die wir entwickelt haben, kann auch auf deutsche Daten angewandt werden. In der Studie wird klar gezeigt, dass Migranten im Vergleich zu Einheimischen durch Steuerzahlungen einen sehr viel höheren Beitrag leisten, als sie an Transferzahlungen erhalten. Das liegt teilweise daran, dass die Ausbildung der Arbeitsmigrantinnen und -migranten bereits erfolgt ist, die Schul- und die Universitätszeit vom englischen Staat nicht bezahlt werden musste, und dass viele der Migranten wieder in ihre Heimatländer zurückkehren, bevor Sie durch Krankheit oder Renteneintritt die Staatskassen belasten können. Dies galt insbesondere für Migranten aus der EU, die im Durchschnitt sehr viel mehr an Steuern zahlten, als sie an Transferleis-

tungen erhielten. Wir haben diese Studie jetzt auch nochmal neu aufgelegt. Das Ergebnis ist, dass die damaligen Ergebnisse heute immer noch gültig sind. Mit der Flüchtlingsmigration haben wir uns in der Studie nicht beschäftigt, denn Flüchtlinge sind sehr viel schwieriger in den Arbeitsmarkt integrierbar, da sie in vielen Ländern gar nicht arbeiten dürfen, bevor dem Asylantrag stattgegeben wird.

F&L: Lassen Sie uns abschließend noch auf die Situation der Wissenschaft in England zu sprechen kommen. Welche Auswirkungen hat die britische Einwanderungspolitik auch und insbesondere für High Potentials und für die Wissenschaftslandschaft?

Christian Dustmann: Insgesamt hat die Mobilität zwischen Europa und Großbritannien, auch im wissenschaftlichen Bereich, sehr stark gelitten, nicht zuletzt durch den Brexit. Allerdings haben wir jetzt eine Partei in der Regierung, die viel pragmatischer denkt und handelt als die Tories und die Möglichkeiten der Mobilität wieder in die richtige Richtung treiben möchte. Wichtig ist, dass Großbritannien wieder am Horizon-Programm beteiligt ist, das ist sehr bedeutsam für die Hochschulen in England, aber auch für die Hochschulen in ganz Europa. Da Großbritannien ein „Powerhouse“ akademischer Forschung ist, sind die europäischen Partner sehr an dem Erhalt der Beziehungen interessiert. Zudem versucht die Europäische Union darauf hinzuwirken, dass Großbritannien wieder in das Erasmus-Programm einsteigt. Da wird hoffentlich irgendwann auch ein Kompromiss gefunden werden. Gleichzeitig stehen die britischen Hochschulen unter starkem finanziellem Druck. Die Studiengebühren sind real nicht gestiegen, sondern sogar gesunken. Die Migrationsrestriktionen reduzieren zusätzliche Einnahmen. Dadurch sehen sich die englischen Hochschulen in der Zukunft mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Durch das System der privaten Finanzierung verschärft sich die Situation – vergleichbar mit Australien, wo die Hochschulen ebenfalls in einer enorm schwierigen Situation sind, da dort eine sehr restriktive Migrationspolitik in Bezug auf Asiaten betrieben wird, die in Australien studieren wollen.

Die Fragen stellte Friederike Invernizzi